



Der Sozialstaat als Partner: vorsorgend, verlässlich und fair

In Zeiten des Wandels – sowohl technologisch, demographisch und gesellschaftlich – kommen auf einen vorsorgenden, verlässlichen und fairen Sozialstaat als Partner der Menschen neue Aufgaben dazu. Auf die digitalisierte und globalisierte Beschleunigung des Lebens muss der Sozialstaat neue Antworten finden. Mit den nachfolgenden Ideen will das Netzwerk Berlin in der SPD-Bundestagsfraktion Antworten auf die neuen Fragen geben und in die Debatte um die Zukunft unseres Sozialstaates einbringen.

Ziel unserer Sozialpolitik ist es, Armut zu vermeiden, Teilhabe am gesellschaftlichen und Arbeitsleben zu ermöglichen und jeden Menschen zu einem selbstständigem und verantwortungsbewussten Leben zu befähigen. Dazu brauchen wir einen Sozialstaat, der ein verlässlicher und starker Partner der Menschen ist.

Wer einen sicheren Arbeitsplatz hat, kann aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt sichern, erfährt Wertschätzung und nimmt am gesellschaftlichen Leben teil. Der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik ist es daher, allen arbeitsfähigen Menschen Arbeit zu ermöglichen und diese fair zu gestalten. Und wenn der Arbeitsmarkt kein passendes Angebot bereithält oder die individuelle Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist, dann ist der Sozialstaat in doppelter Hinsicht in der Pflicht: Er muss alles dafür tun, damit schnell eine gute Arbeit möglich wird. Und er muss dafür sorgen, dass auch in schwierigen Situationen ein Leben in Würde gewährleistet ist.

Fazit

Für uns gilt der oberste Grundsatz, dass der Sozialstaat würdevolle Arbeit ermöglichen und sichern muss. Wobei wichtig ist, dass ordentliche Arbeit auch ordentlich bezahlt wird. Und alle, die auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen sind, müssen sich darauf verlassen können, Leistungen einfach und zugewandt zu erhalten.

Arbeitsversicherung: Zeit für Weiterbildung und Familie

Wir wollen eine Arbeitsversicherung schaffen, die Sicherheit im Wandel gibt. Sie hat das Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und sie über die Erwerbsbiographie hinweg auszubauen. Sie wird das Dach für eine neue Kultur der Weiterbildung und eine Politik, die dem Privatleben Zeit und Raum lässt. Bestandteil der Arbeitsversicherung ist einerseits das Recht auf Weiterbildung mit der dafür notwendigen Zeit, gebührenfreien Kursen und der Zahlung von Unterhaltskosten. Andererseits wollen wir damit einen Rahmen für eine gute Balance zwischen Privat- und Arbeitsleben setzen. Das schafft Zeit zur Entlastung bei familiären Aufgaben, wie zum Beispiel Kindererziehung und Pflege.

Für das Recht auf Weiterbildung brauchen wir Geld und Zeit. Wir werden allen ein Recht auf eine zweite Ausbildungszeit zugestehen. Nicht nur nach der Schule, sondern auch lebensbegleitend, also zweimal drei Jahre. Wer trotz aller Vorsorge arbeitslos wird, soll dennoch von Weiterbildung profitieren. Nicht zuletzt die fortschreitende Digitalisierung fast aller Arbeitsbereiche stellt an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Anforderungen. Mit dem Arbeitslosengeld Q geben wir hierfür die richtige Antwort. Auch die Fachkräftesicherung ist selbstverständlicher Bestandteil der Arbeitsversicherung. Alle, die hier leben, sollen eine Chance auf gute Arbeit haben. Die Stichworte dazu heißen: Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein gutes Einwanderungsgesetz. Ein steuerfinanziertes Chancenkonto schafft zusätzliche Sicherheit und eröffnet individuelle Chancen für jede und jeden Einzelnen.

Bildung: Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben

Wir sind uns einig: Arbeit ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Voraussetzung dafür ist gute Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung denken wir den Bildungsbegriff umfassend und haben dazu den Nationalen Bildungspakt vorgelegt. Jetzt geht es um mehr: Wir werden das individuelle Curriculum durch die Modernisierung der betrieblichen Ausbildung stärken, das (Meister-)Bafög verbessern, die europäische Zusammenarbeit der Hochschulen über Erasmus+ und die europäischen Forschungsrahmenprogramme ausbauen und strukturschwache Regionen im Bildungs- und Forschungsbereich stärker unterstützen.

Entlohnung: Tariflöhne für alle

Unser Ziel ist es, dass alle Beschäftigten Tariflöhne erhalten. Dafür wollen wir Hürden für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung abbauen und Blockademöglichkeit abschaffen, wenn sich Arbeitgeber und Gewerkschaften einig sind. Zudem wollen wir landes- und bundesweite Tariftreuegesetze schaffen sowie die Nachwirkung von Tarifverträgen bei Verlagerung oder Betriebsübergang ausweiten. Gute Tarifbindung bedeutet zudem eine gute Grundlage für die Erhöhung des Mindestlohns als unterste Haltelinie.

Recht auf Arbeit statt bedingungslosem Grundeinkommen

Wir wollen möglichst jedem Menschen eine ordentliche Arbeit anbieten, damit er sein Leben selbstbestimmt führen kann. Das bedingungslose Grundeinkommen ist für uns keine Lösung sozialer Fragen. Jeder sollte einen seinen Kompetenzen und Fähigkeiten sowie seinen Lebensumständen entsprechenden Arbeitsplatz bekommen können. Dafür braucht es passgenaue Unterstützung. Und wer es aus eigener Kraft nicht schafft, bekommt eine öffentlich geförderte Beschäftigung. Im Kern geht es darum, dass so wenig Menschen wie möglich in der Grundsicherung landen und stattdessen einen Arbeitsplatz erhalten. Insbesondere Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind und die es alleine nicht schaffen, brauchen intensive Unterstützung. Für sie bauen wir den sozialen Arbeitsmarkt aus. Mit dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir reguläre Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zum Tarif- und nicht zum Mindestlohn. Allen anderen werden wir mit partnerschaftlichen Betreuungs- und Bildungsangeboten sowie Anreizen helfen. Wir lassen durch Weiterbildung gar nicht erst zu, dass Menschen arbeitslos werden. Zudem vergrößern wir den Schutz der Arbeitslosenversicherung, sodass mehr Menschen Arbeitslosengeld bekommen und nicht sofort auf die Grundsicherung angewiesen sind.

Grundsicherung: verlässlich und fair

Der Sozialstaat als Partner steht verlässlich und unbürokratisch an der Seite der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, der Sozialstaat kümmert sich, dass Arbeitssuchende die notwendigen Leistungen einfach aus einer Hand erhalten und die Bürgerinnen und Bürger nicht als Bittsteller auftreten müssen. Leistungen müssen wohnortnah in Teilhabezentren gewährleistet werden. Ombudsstellen können zur Orientierung helfen und Konflikte vermeiden. Wir wollen einen Kulturwandel einleiten: Menschen, die arbeitslos sind und Hilfe benötigen, müssen eine individuelle und ganzheitliche Unterstützung erhalten. Was sich Menschen im Arbeitsleben erarbeitet haben, muss auch dann geschützt sein, wenn sie über längere Zeit auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind. Wir brauchen deshalb ein höheres Schonvermögen. Selbstgenutztes Wohneigentum darf bei keiner Sozialleistung mehr angerechnet werden. Ob jemand jahrelang gearbeitet, Steuern und Sozialabgaben gezahlt hat – oder das noch niemals getan hat, muss einen Unterschied machen. Das bedeutet insbesondere erhöhte Anstrengungen bei Qualifizierung und Weiterbildung (Arbeitslosengeld Q) sowie beim besseren Schutz des bereits im Leben Erarbeiteten. Zu einem Kurswechsel gehört auch ein deutlich verändertes Sanktionsrecht: Wir brauchen Vereinbarungen, die für beide Seiten verbindlich sind – und zwar auf Augenhöhe. Gibt es keinen triftigen Grund, warum Mitwirkungspflichten nicht eingehalten wurden, muss Verhalten sanktioniert werden. Denn wer Leistungen erhält, muss auch mitwirken und sich anstrengen. Sanktionen müssen jedoch zurückgenommen werden können und dürfen nicht zu Obdachlosigkeit führen, weshalb Mietkosten nicht gekürzt werden dürfen. Jugendliche müssen dem gleichen Sanktionsrecht unterliegen wie Erwachsene.

Arbeitsagentur und Jobcenter: vermitteln statt verwalten

Rechte im Sozialstaat müssen einfacher wahrnehmbar werden. Die Grundsicherung muss unbürokratisch und diskriminierungsfrei bezogen werden können, Regeln müssen verständlich und nachvollziehbar sein. Wir werden den Verwaltungsaufwand durch Vereinfachungen abbauen, um mehr Personal für die Betreuung und Vermittlung einsetzen zu können. Wir wollen mehr Leistungen als Pauschalen auszahlen, Bagatellgrenzen einführen bzw. erhöhen und Zuverdienstmöglichkeiten verbessern. Sowohl in der Sozialversicherung als auch in der Grundsicherung brauchen wir Anlaufstellen, die bedarfsorientierte und ganzheitliche Unterstützung wie aus einer Hand leisten. Zudem müssen Sozialversicherungen und Jobcenter stärker aufsuchend und proaktiver arbeiten.

Kindergrundsicherung: Kinder aus der Armut holen

Die Grundsicherung sollte ein Instrument für Arbeitssuchende sein. Deshalb werden wir Kinder aus dem System des Arbeitslosengeldes II herauslösen und für sie eine eigene Grundsicherung schaffen. Unser Modell der Kindergrundsicherung besteht aus zwei Säulen: einer strukturellen und einer monetären. Neben einem zu versteuernden Betrag, der den Eltern ausgezahlt wird, ist es wichtig, dass Kinder all die Strukturen nutzen können, die sie für ein gesundes und gutes Aufwachsen benötigen. Vom Mittagessen, über den Schulbus bis zur Nachhilfe und dem Schwimmunterricht – alle Kinder müssen die gleichen Zugangsmöglichkeiten haben. Der Anbieter rechnet dann – ohne bürokratische Hürden – die Leistungen direkt an entsprechender Stelle ab. Bisherige Familienleistungen, die Kindern zugutekommen sollen, werden durch die neue Kindergrundsicherung ersetzt. Zudem wollen wir das KJHG reformieren und Kinderrechte im Grundgesetz festschreiben.

Rente: im Alter würdig leben

Bei einer Reform der Sozialsysteme muss auch die Rente mitgedacht werden. Kurzfristig streben wir die Einbeziehung der Selbstständigen und langfristig auch der Beamten und Abgeordneten in die Rentenversicherung an. Das Berufsbeamtentum wollen wir auf die wirklich hoheitlichen Aufgaben beschränken. Entscheidender Schutz vor Altersarmut sind aber vor allem die oben genannten Punkte: durchgehende Berufsbiografien, Tarifbindung und gute Löhne. Die Stärkung des Einzelnen im Laufe des (Berufs-)Lebens durch Bildung, Gesundheit und gute Arbeit ist die Voraussetzung für würdiges Leben im Alter. Für diejenigen, die aufgrund von Erwerbsminderung nicht mehr arbeiten können, haben wir die Rentenleistungen inzwischen dreimal durch verlängerte Zurechnungszeiten verbessert. Jetzt brauchen wir auch noch Verbesserungen für diejenigen, die schon länger erwerbsgemindert sind („Bestandsrenter/innen“), um Altersarmut gezielt entgegenzuwirken.

Gesundheit und Pflege: solidarisch finanzieren

Wir wollen, dass unser Sozialstaat eine qualitativ gute und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung und Pflege für alle garantiert und organisiert. Dazu werden wir die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung und die Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgerversicherung umgestalten. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger in die gleichen Sicherungssysteme einzahlen, überwinden wir die Zwei-Klassen-Medizin und stellen die Finanzierung von Pflege und Gesundheitsversorgung auf eine stabile, zukunftsfeste Basis. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen finanziell nicht überfordert werden. Niemand soll durch Krankheit oder Pflegebedürftigkeit in Armut geraten. Daher werden wir Eigenanteile an den Pflegekosten begrenzen und auch Steuermittel einsetzen. Zudem wollen wir eine Lotsenfunktion Pflege als Aufgabe der Kommunen etablieren.

Inklusion: Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft. Zum Sozialstaat der Zukunft gehört, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt miteinander leben können. Deshalb müssen Barrieren abgebaut werden: in den Köpfen, in Gebäuden, im Alltag, in Bildungseinrichtungen, bei der Arbeit, im Internet etc. Menschen mit Behinderung müssen verstärkt unterstützt werden, um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen. So wie die Leistungen nach dem neuen Bundesteilhabegesetz „wie aus einer Hand“ ermöglicht werden sollen, sollen auch die Unterstützungsleistungen des Sozialstaates mit möglichst wenig Bürokratie aus einer Hand gewährleistet werden. Die Teilhabe an allen Lebensbereichen steht dabei im Mittelpunkt. Durch das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung wird unsere Gesellschaft bereichert.

Berlin, Dezember 2018